Experten fordern entschlossenes Vorgehen gegen politischen Islam

2. November 2020



Berlin (KNA) Nach den jüngsten Attentaten in Frankreich fordern Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft einen entschlosseneren Einsatz gegen den politischen Islam in Deutschland. In der Erklärung, die das Portal der „Welt“ am Freitag online veröffentlichte, wird der politische Islam als „ernsthafte Gefahr für unser Land“ bezeichnet. „Er ist ein Integrationshindernis mit unabsehbaren Folgen.“

Konkret fordern die Initiatoren mehr wissenschaftliche Grundlagenforschung und die Einrichtung einer Dokumentationsstelle „Politischer Islam“ nach Vorbild der unlängst in Österreich ins Leben gerufenen Einrichtung. Zudem sprechen sich die Experten für die Errichtung von zehn Lehrstühlen zur Erforschung der Strukturen des politischen Islam in Deutschland aus und fordern ein Ende der Kooperationen und Vertragsbeziehungen staatlicher und politischer Institutionen mit Vertretern und Organisationen des politischen Islam. Außerdem sei die Einrichtung eines Expertenkreises „Politischer Islam“ im Bundesinnenministerium wünschenswert.

Zu den Unterzeichnern gehören der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carsten Linnemann (CDU), die Publizistin Necla Kelek, die Frankfurter Islamexpertin Susanne Schröter, die Gründerin der liberalen Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, Seyran Ates, der Münsteraner islamische Theologe Mouhanad Khorchide, der Psychologe

Ahmad Mansour sowie der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland, Ali Ertan Toprak.

Sie alle beklagen eine verbreitete Sprachlosigkeit gegenüber extremistischen Tendenzen. Auffällig sei regelmäßig „das Schweigen der Politik, der Medien, der Kirchen und zivilgesellschaftlicher Organisationen“. Mit Recht seien nach rechtsextremen Anschlägen Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen organisiert, Maßnahmen gefordert und an die Namen der Getöteten erinnert worden. „Warum nicht auch bei islamistischen Anschlägen? Kennt jemand spontan auch nur einen Namen eines deutschen Opfers islamistischen Terrors?“

Religiöser Extremismus, so halten die Unterzeichner fest, beginne aber nicht erst bei Mord. „Er gedeiht in abgeschottet lebenden Milieus, die sich unseren Werten verschließen.“ Ein verweigerter Handschlag für eine Frau könne bereits ein Indiz sein. „Fehlende Mädchen im Schwimmunterricht, Respektlosigkeit gegenüber Lehrerinnen bereits in Grundschulen oder gar Drohungen und Gewalt gegen Andersgläubige brauchen andere Antworten als runde Tische und den Burkini als genehmigte Schulkleidung.“

Und weiter: „Wir möchten, dass Muslime volle Religionsfreiheit genießen, sind es aber gerade den vielen muslimischen Befürwortern von Demokratie und Freiheitsrechten schuldig, den politischen Islam als Extremismus beim Namen zu nennen.“

© KNA

Beitragsbild: Dimitris Vetsikas via Pixabay

Stand: 16. November 2026